

# AußenwirtschaftsNews – China

01/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

## 1 Konjunktur

- Das chinesische Bruttoinlandsprodukt lag im vierten Quartal 2024 um 5,4 Prozent höher im Vergleich zum Vorjahresquartal. Damit wurde im letzten Quartal des Jahres das höchste Wachstum des Gesamtjahres gemessen. Auf Jahressicht betrug das Wachstum 5,0 Prozent. Das von der Regierung ausgegebene Ziel von „rund fünf Prozent Wachstum“ konnte demnach erreicht werden.
- Das höhere Wachstum zum Jahresende ist zugleich maßgeblich auf steigende Exporte zurückzuführen. So lag der Wert der chinesischen Ausfuhren im Dezember 2024 um 10,7 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Insbesondere die Ausfuhren nach Russland und in die USA konnten kräftig gesteigert werden.
- Die Exporte in die USA legten auch deswegen deutlich zu, weil viele Geschäfte vorgezogen wurden – aus Angst vor möglichen Zollerhöhungen nach der Amtsübergabe von Präsident Biden auf Donald Trump.
- Für das Jahr 2025 fallen die Prognosen verhalten aus. Die Exporte in die USA dürften mit dem Amtsantritt von Donald Trump unter Druck geraten. Darüber hinaus kämpft die Volksrepublik weiterhin mit einem schwachen Binnenkonsum und einer anhaltenden Krise im Immobilienmarkt.
- Das durch die Regierung erneut ausgerufene Ziel von „rund fünf Prozent Wachstum“ für 2025 gilt angesichts dieser Herausforderungen als sehr ambitioniert. Daran ändern auch die Ankündigungen der chinesischen Regierung nichts, im neuen Jahr die Geldpolitik weiter zu lockern und staatliche Programme zur Unterstützung des Binnenkonsums auszuweiten.

## 2 Deutsch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen

- Das chinesische Investitionsengagement in Bayern ist weitaus geringer als umgekehrt. Das ist das Ergebnis der neuen Studie [Der Ökonomische Impact zwischen Bayern und China](#), die das Institut der deutschen Wirtschaft im Auftrag der vbw erstellt hat. Durch induzierte Effekte und Vorleistungen beläuft sich der gesamte bayerische

Wertschöpfungseffekt in China auf 44 Milliarden Euro. Chinesische Investitionen in Bayern sorgen hingegen für eine Wertschöpfung von 5,8 Milliarden Euro.

- Die neue Studie [How Germany can survive the second China shock](#) des britischen Thinktanks Centre for European Reform kommt zu dem Schluss, dass Deutschland durch die rasant steigenden chinesischen Industrieexporte weltweit am meisten zu verlieren hat. In der Studie werden vor allem zwei Faktoren genannt, die aus Sicht der Bundesrepublik ein Umdenken erfordern sollten: Zum einen die chinesische Wettbewerbsstärke in Industriezweigen, in denen die deutsche Wirtschaft traditionell führend war, wie der Autoindustrie aber auch bei grünen Technologien. Zum anderen der schwache chinesische Binnenkonsum, der die Volksrepublik dazu veranlasst, ihre Produkte massiv zu subventionieren, um sie vergünstigt in die Weltmärkte zu exportieren. Als Antwort müsse Deutschland sein Geschäftsmodell stärker auf die Binnennachfrage ausrichten und Schlüsselindustrien vor Subventionen schützen. Ohne staatliches Eingreifen wird der langfristige Schaden für Deutschland erheblich ausfallen, so die Autoren der Studie.
- Der CDU/CSU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz rief deutsche Unternehmen dazu auf, [das Risiko, das sie in China eingehen, zu begrenzen](#). Sollten Investitionen in China verloren gehen, können Unternehmen nicht erwarten, dass die Bundesrepublik die Verluste ausgleichen wird. China sei „kein Rechtsstaat nach unseren Maßstäben“.

### 3 Handels- und Sicherheitspolitik

- Am 1. Dezember 2024 sind in China [neue Exportkontrollvorschriften für Dual-Use-Güter](#) (Güter mit doppeltem Verwendungszweck) in Kraft getreten. Die Vorschriften enthalten unter anderem Maßnahmen für die Verfahrensvereinfachung (Allgemeine Genehmigungen) sowie eine aktualisierte Ausfuhrkontrollliste von Dual-Use-Gütern. Unternehmen, die dem chinesischen Recht unterliegen, sollten ihre Ausfuhren aus China prüfen.
- Die USA verhängten am 02. Dezember 2024 [neue Exportkontrollen gegenüber der chinesischen Halbleiterindustrie](#). Das Bureau of Industry and Security (BIS) kündigte Maßnahmen an, die die Fähigkeit Chinas zur Beschaffung und Herstellung fortschrittlicher Halbleiter zur militärischen Modernisierung Chinas, weiter einschränken sollen. Die Regeln umfassen neue Kontrollen für 24 Arten von Halbleiterfertigungsanlagen und drei Arten von Softwaretools für die Entwicklung oder Herstellung von Halbleitern, neue Kontrollen für Speicher mit hoher Bandbreite sowie 140 Listungen von Einrichtungen in die Entity List, die sich auf Werkzeughersteller, Halbleiterfabriken und Investmentgesellschaften beziehen, die an der militärischen Modernisierung der chinesischen Regierung beteiligt sind.
- Das 15. EU-Sanktionspaket gegenüber Russland, das am 16. Dezember 2024 angenommen wurde, umfasst unter anderem [Listungen von sieben chinesischen Personen und Unternehmen](#) mit Sitz in der Volksrepublik China oder Hongkong. Die EU wirft ihnen die Umgehung von Russland-Sanktionen vor. Diesen Personen dürfen nun weder Gelder noch wirtschaftliche Ressourcen zukommen und ihre sich in der EU befindenden Vermögenswerte werden eingefroren. Zudem wurden auch sechs chinesische

Einrichtungen in die [Liste derjenigen aufgenommen, die den militärisch-industriellen Komplex Russlands unterstützen](#). Sie unterliegen nun strengeren Ausfuhrbeschränkungen für Dual-Use-Güter sowie für Güter und Technologien, die zur Stärkung und Entwicklung des russischen Verteidigungs- und Sicherheitssektors beitragen könnten. China verurteilte die chinesischen Listungen und deutete mögliche Gegenmaßnahmen an.

- Auf Antrag von 13 Mitgliedsstaaten hat die EU-Kommission am 17. Dezember 2024 die [Überprüfung einer bestehenden Schutzmaßnahme auf die Einfuhr bestimmter Stahlerzeugnisse](#) eingeleitet. Es geht um Bleche, Bänder, Stäbe, Drähte und Rohre. Die geltende Schutzmaßnahme besteht aus einem zollfreien Kontingent für die genannten Stahlerzeugnisse. Ist das Kontingent ausgeschöpft, so wird ein Zoll von 25 Prozent auf die außerhalb des Kontingents getätigten Einfuhren erhoben. Die Mitgliedstaaten wiesen in ihrem Antrag auf das Gefälle zwischen der rückläufigen Stahlnachfrage in der Union und dem Umfang des zollfreien Kontingents hin. Außerdem soll der Anstieg der chinesischen Stahlausfuhren aus China in bedeutende Regionen Umlenkungseffekte auf die Union verursacht haben. Die Überprüfung der bestehenden Schutzmaßnahme soll bis zum 31. März 2025 abgeschlossen werden.
- Das chinesische Handelsministerium hat [Exportbeschränkungen für bestimmte Technologien](#) angekündigt, die für die Produktion von Batteriekomponenten sowie zur Gewinnung kritischer Mineralien wie Lithium und Gallium verwendet werden. Diese Technologien und Rohstoffe spielen in der Herstellung von Batterien für Elektrofahrzeuge sowie der Halbleiterfertigung eine wichtige Rolle. Das chinesische Außenministerium gab an, dass die neuen Exportbeschränkungen nichtdiskriminierend angewandt werden sollen und somit auch deutsche Abnehmer treffen würden.
- Das US-Verteidigungsministerium hat das chinesische Tech-Unternehmen Tencent und den Batteriehersteller CATL als Unternehmen eingestuft, die mit dem chinesischen Militär verbunden sind. Das geht aus der [Liste der in den USA tätigen chinesischen Militärunternehmen](#) vor, die im US-Amtsblatt am 07. Januar 2025 veröffentlicht wurde. Zu den neuen Listungen gehören zudem die Reederei und Hafенbetreiber Cosco, der Flugzeughersteller Comac, das Gesichtserkennungsunternehmen SenseTime sowie der Drohnenhersteller Autel Robotics. Das chinesische Außenministerium hat die Einstufung scharf kritisiert. Den gelisteten Unternehmen ist es nun untersagt, mit dem US-Verteidigungsministerium und der US-Verteidigungsindustrie zusammenzuarbeiten.
- Am 09. Januar 2025 hat die EU-Kommission [endgültige Antidumpingmaßnahmen auf Importe von mobiler Zugangs-ausrüstung](#) aus China verhängt. Unter mobilem Zugang versteht man die Verwendung eines mobilen Geräts, um Zugang zu gesicherten Türen, Netzwerken etc. zu erhalten. Die verhängten Zölle liegen zwischen 20,6 Prozent und 54,9 Prozent. Diese Maßnahmen folgen einer Antidumpinguntersuchung, die ergab, dass Dumping den EU-Herstellern mobiler Zugangs-ausrüstung erheblichen Schaden zufügt. Trotz guter Marktbedingungen und gestiegener Nachfrage in den letzten Jahren hat die EU-Industrie aufgrund gedumpter Importe aus China erhebliche Marktanteile verloren.
- Nach Angaben von Bernd Lange, Vorsitzender des Handelsausschusses des EU-Parlaments, bereitet sich die EU für den Fall vor, dass die USA Zölle gegen China verhängen.

- Falls es zu verstärkten Ausfuhren der Volksrepublik nach Europa als Folge derartiger Zölle kommen sollte, werde die EU Schutzmaßnahmen ergreifen (Quelle: [Dow Jones](#)).
- Einem [Bericht der EU-Kommission](#) zufolge werden europäische Medizinprodukte im chinesischen Beschaffungsmarkt diskriminiert. China bevorzugt einheimische Anbieter und schränkt die Beschaffung importierter Produkte ein. Zunächst soll das Problem durch Gespräche mit China gelöst werden. Sollte keine Lösung gefunden werden, könnte die EU eigene Beschränkungen für den chinesischen Zugang zu EU-Aufträgen einführen.
  - Die EU hat am 20. Januar 2025 Konsultationen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) beantragt, um gewisse [Handelspraktiken Chinas im Bereich des geistigen Eigentums](#) zu beseitigen. China hat seine Gerichte ermächtigt, ohne Zustimmung des Patentinhabers verbindliche weltweite Lizenzgebühren für standardessenzielle EU-Patente festzulegen. Diese Patente schützen Technologien, die für die Herstellung von Gütern unerlässlich sind, die einem Standard entsprechen, z. B. 5G für Mobiltelefone. EU-Unternehmen halten viele solcher High-Tech-Patente, die ihnen einen technologischen Vorsprung verschaffen. Durch die Festsetzung weltweiter Lizenzgebühren für solche Patente versucht China, EU-Unternehmen zu zwingen, chinesischen Herstellern einen billigeren Zugang zu diesen EU-Technologie zu ermöglichen, so die EU-Kommission. Sie ist der Überzeugung, dass solche Praktiken nicht mit dem WTO-Regelwerk vereinbar sind.
  - Am Tag seiner erneuten Amtseinführung rief US-Präsident Donald Trump in seiner [America First Trade Policy](#) den US-Handelsbeauftragten Jamieson Greer dazu auf, das Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen den USA und China zu bewerten. Zum Ende seiner ersten Amtszeit hatte Trump das Abkommen mit China nach einem fast zweijährigen Handelskrieg geschlossen. Gemäß dem Abkommen sollte China seine Exporte aus den USA über einen Zeitraum von zwei Jahren um 200 Milliarden US-Dollar erhöhen. Dieses Ziel wurde unter anderem wegen der Pandemie nicht erreicht. Nun soll Greer feststellen, ob China im Einklang mit diesem Abkommen handelt. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Überprüfung soll Greer bis zum 01. April 2025 geeignete Maßnahmen, bis hin zur Verhängung von Zöllen, empfehlen, um eine Einhaltung des Abkommens sicherzustellen. Einen Tag nach seiner Amtseinführung äußerte Trump bereits, möglicherweise schon ab dem 1. Februar zusätzliche Zölle in Höhe von zehn Prozent auf chinesische Importe zu erheben.

## **Ansprechpartner**

**Tatjana Vargas**

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-442

[tatjana.vargas@vbw-bayern.de](mailto:tatjana.vargas@vbw-bayern.de)

[www.vbw-bayern.de](http://www.vbw-bayern.de)

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.